

„Offener Brief als auch Antrag nach GO NRW § 24

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schneidewind,

Vor nicht allzu langer Zeit, hatte sich das Kliamnetzwerk an Sie gewandt. Die Antwort darauf wurde von den lokalen Medien aufgegriffen und auch im Wortlaut der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Ich möchte nun nicht auf jeden einzelnen Punkt detaillierter eingehen. Ich war nicht überrascht, dass die Bürgerbeteiligung bei der BUGA 2031 anscheinend nicht gefördert wird. Dies wurde mir schon früh klar. Daher ist meine Enttäuschung darüber begrenzt. Was ich als Bürger dieser Stadt jedoch kaum ertragen kann, ist das Gefühl, dass Halbwahrheiten und sogar Unwahrheiten, wie sie im Paulaner Garten in die Öffentlichkeit getätigt wurden, nun auch im Zuge der Planung für die BUGA 2031 immer deutlicher zutage treten. Normalerweise bin ich kein Anhänger von Verschwörungstheorien.

Umso erfreuter war ich folgende Zeilen deiner Antwort zu lesen:

"Transparenz und Bürgerbeteiligung:

Die Forderung nach Transparenz und frühzeitiger Bürgerbeteiligung ist zentral für den Erfolg der BUGA 2031. Wir werden sicherstellen, dass Planungsprozesse offen und transparent sind und dass die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll und aktiv einbezogen werden. Dies beinhaltet die Veröffentlichung relevanter Unterlagen und die Einrichtung einer zentralen, allgemein zugänglichen Internetplattform. Eine begleitende Veröffentlichung in der Presse und per Newsletter wird die Wahrnehmbarkeit erhöhen."

Handelt es sich hierbei um eine leere Versprechung von Politiker*innen, oder kann ich darauf vertrauen, dass diese Aussage ernst gemeint ist und sowohl in der Verwaltung als auch in der Politik als Handlungsleitfaden umgesetzt wird?

Wie dir bekannt ist, nutze ich gerne das Informationsfreiheitsgesetz NRW, um genau diese Transparenz erfahrbar zu machen. Es gibt auch einige Anfragen auf der Internetplattform "Frag den Staat", um anderen Menschen die von mir erlangten Informationen zugänglich zu machen. Allerdings muss ich feststellen, dass die Umsetzung dieses Gesetzes seitens der Verwaltung eher widerwillig bis hin zur kompletten Verweigerung und Missachtung des IFG NRW erfolgt. Seit der Gründung der Buga gGmbH wird die Angelegenheit zunehmend spannender. Ich glaube, nur wenige Menschen in der Stadt haben sich die Mühe gemacht, den Gesellschaftervertrag zu lesen, was natürlich sehr bedauerlich ist..

Dieses ist schon serh spannend insbesondere der § 14 Aufsichtsrat [SessionNet | Ausrichtung der Bundesgartenschau \(BUGA\) 2031 – Abschluss des Durchführungsvertrages und des Gesellschaftsvertrages / Projektstruktur \(wuppertal.de\)](#)

finden wir folegnde Aussage: (6) Ausgenommen von der Geheimhaltungspflicht ist die Unterrichtung des Rates gemäß § 113 Abs. 5 GO NRW. In diesem Fall sind entsandte Aufsichtsratsmitglieder gemäß § 394 AktG von der Verschwiegenheitspflicht befreit.

[§ 113 GO NRW, Vertretung der Gemeinde in Unternehmen oder Ei... - Gesetze des Bundes und der Länder \(lexsoft.de\)](#)

Eigentlich wäre zu Erwarten das eine vollkommende Transaprenz möglich ist. Diese erlebe ich allerdings nicht mehr seit der Gründung der BUGA gGmbH.

<https://fragdenstaat.de/a/303532>

<https://fragdenstaat.de/a/310609>

<https://fragdenstaat.de/a/310334>

<https://fragdenstaat.de/a/310068>

<https://fragdenstaat.de/a/299425>

<https://fragdenstaat.de/a/305110>

<https://fragdenstaat.de/a/305026>

<https://fragdenstaat.de/a/291418>

<https://fragdenstaat.de/a/280091>

<https://fragdenstaat.de/a/274350>

<https://fragdenstaat.de/a/269618>

Mit dem Herannahen des Jahres 2031 sollte man erwarten können, dass mehr Informationen aufgrund von Transparenz auch außerhalb meiner Anfrage verfügbar werden. Dennoch wird in dieser Stadt eine sehr exklusive Hinterzimmerpolitik betrieben. In einer Stadt, die bereits sehr negative Erfahrungen mit einer Rotweinrunde gemacht hat, sollte größtmögliche Transparenz praktiziert werden.

Daher sind deine Worte tatsächlich die richtige Wahl, um Politik und Verwaltung dazu aufzufordern, in einer Transformation mehr Transparenz zu wahren. Dazu zähle ich auch die Kontrollmöglichkeiten der Aufsichtsräte bei der BUGA.

Deswegen freue ich mich den folgenden Bürger*innen Anträge nach §24 GO NRW sinngemäß zu stellen:

1. "Die Einladung und Tagesordnung der BUGA-Aufsichtsratssitzungen sollen öffentlich im RIS einsehbar gemacht werden."
2. "Es wird gefordert, dass die Stadt Wuppertal als Mehrheitseigner der BUGA 2031 gGmbH die Verschwiegenheitspflicht innerhalb des Aufsichtsrats weitestgehend aufhebt und die Öffentlichkeit über die Arbeit und Beschlüsse des Aufsichtsrats informiert. Dazu können die Protokolle und Unterlagen der Sitzungen verwendet werden."
3. "Die Sitzungen des Aufsichtsrats sollen als öffentliche Sitzungen durchgeführt werden. Tagesordnungspunkte, die im Ausnahmefall der Nichtöffentlichkeit bedürfen, sollen am Ende der Sitzung ohne Öffentlichkeit behandelt werden."

ich hoffe mit diesen 3 Einzelnen Bürgerinnen Anträge (die auch einzel Bürgeranträge behandelt werden müssen) dir als auch der Politik ein interessantes Angebot unterbreitet zu haben. Gerade die Politik kann durch dieses zu verfolgende Vorgehensweise sich ebenso wie die Öffentlichkeit notwendige Informationzugänge verschaffen um auch für eine Abwägung gewademt zu sein um unsere Liebenswerte Stadt best Möglich Ergebniss Offen nach vorne zu bringen.

mit freundlichen Grüßen

Ulrich Schmidt"